



## **Der 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte**

**Vortrag von Reinhard Rürup  
Bremen 2005**

**Herausgeber: Institut für Geschichte, Universität Bremen**

## **Herausgeber**

**Institut für Geschichte, Universität Bremen, Fachbereich 8**

**Bibliothekstr. 8, Gebäude GW 2, 28359 Bremen**

**Telefon: +49 (0)421 218 – 0**

**Pressestelle des Senats**

**Rathaus, Am Markt 21, 28195 Bremen**

**Telefon: +49(0)421 361 –4406**

**Landeszentrale für politische Bildung**

**Osterdeich 6, 28203 Bremen**

**Telefon: +49 (0)421 361 - 29 22**

## Vorwort

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung Bremens durch britische Truppen hielt Professor Dr. Reinhard Rürup auf der Gedenkveranstaltung des Senats der Freien Hansestadt Bremen am 27. April 2005 im Rathaus den Vortrag "Der 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte".

Professor Rürup, emeritierter Inhaber des Lehrstuhls für Neuere Geschichte an der TU-Berlin, ist einer der profiliertesten deutschen Historiker und international führenden Geschichtswissenschaftler auf dem Gebiet der jüdischen Geschichte, der sein öffentliches wissenschaftliches Engagement vor allem der Aufklärung über die Ursachen, Formen und Folgen des Nationalsozialismus widmet.

Er war bis 2004 Direktor der Stiftung *Topographie des Terrors* in Berlin, die - neben der Dauerausstellung über die Zentralen des nationalsozialistischen SS- und Polizeistaats und die von ihnen verübten Verbrechen - mit vielbeachteten Ausstellungen u.a. "Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-45", "Berlin 1945", "Die Olympischen Spiele 1936 und der Nationalsozialismus" hervorgetreten ist.

Prof. Dr. Doris Kaufmann

Institut für Geschichte der Universität Bremen

## Der 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte

Als 1995 mit einem geradezu überwältigenden Aufwand des 50. Jahrestages des 8. Mai 1945 gedacht wurde, glaubten viele, daß damit nicht nur ein weiterer Höhepunkt, sondern auch das Ende der öffentlichen Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland erreicht worden sei. Fünfzig Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ und fünf Jahre nach dem Ende der deutschen Teilung sei nun endlich, so meinte man, das „Ende der Nachkriegszeit“ erreicht, das von Bundeskanzler Ludwig Erhard schon Mitte der 1960er Jahre etwas voreilig proklamiert worden war. Die Geschichte des Krieges und die Geschichte des Nationalsozialismus seien inzwischen politisch, wissenschaftlich und volkspädagogisch hinreichend aufgearbeitet, so daß man sich fortan mehr oder weniger unbeschwert von der Vergangenheit den dringenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben widmen könne.

Das war, wie wir alle wissen, eine Fehleinschätzung. Schon im Frühjahr 1995 wurde in Hamburg die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ eröffnet, die in den folgenden Jahren in über 30 deutschen und österreichischen Städten zu sehen

war und zu ungewöhnlich heftigen Auseinandersetzungen über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg führte. Ein Jahr später (1996) begann die sogenannte „Goldhagen-Debatte“, bei der es um den Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft, den Mord an den europäischen Juden und die „ganz gewöhnlichen Deutschen“ als „Hitlers willfährige Vollstrecker“ ging. Es folgten die Auseinandersetzungen um das von einer Bürgerinitiative geforderte, im Laufe der neunziger Jahre zum nationalen Prestigeprojekt aufgewertete „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ (das nun zum 60. Jahrestag des 8. Mai in Berlin eröffnet wird), die Skandale um die Bereicherungen von Banken und Versicherungen an den Opfern der NS-Verfolgung und nicht zuletzt die Konflikte um eine Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die auch international hohe Wellen schlugen. Große Unternehmen wie Bertelsmann oder die Deutsche Bank sahen sich plötzlich veranlaßt, unabhängige Kommissionen zur Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit einzusetzen, und das Gleiche gilt für führende Wissenschaftsinstitutionen wie die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Nicht zu vergessen die in den letzten Jahren aufgeflammete Diskussion über die deutschen Opfer des Bombenkrieges und der Vertreibung aus den früheren

deutschen Ostprovinzen und anderen deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa. Von einem allmählichen Auslaufen oder gar Ende der öffentlichen Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges kann also keine Rede sein.

In der alten Bundesrepublik ist seit den achtziger Jahren eine auf die Zeit des Nationalsozialismus bezogene Erinnerungskultur entstanden, die inzwischen zu einem festen Bestandteil unseres Demokratieverständnisses und unserer politischen Kultur geworden ist. An ihrem Anfang standen Bürgerinitiativen und Proteste gegen das, was Ralph Giordano die „Zweite Schuld“ genannt hat: die Verdrängung der NS-Vergangenheit, das Vergessen der Opfer und das Desinteresse an der Verfolgung der Täter. Man begann sich mehr als je zuvor für die Zeugnisse jüdischen Lebens und jüdischen Leidens zu interessieren, wandte sich den „vergessenen Opfern“ des nationalsozialistischen Terrors zu – den Opfern der Krankenmorde und der Zwangssterilisationen, den Roma und Sinti, den Zeugen Jehovas und den Homosexuellen, den sowjetischen Kriegsgefangenen, den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern –, man entdeckte die Orte des historischen Geschehens neu – die Konzentrations- und Arbeitslager, die Haft- und Mordstät-

ten, die Spuren der Deportationen in die Vernichtungslager und der „Todesmärsche“ in den letzten Monaten des „Dritten Reiches“ –, und man fragte nun auch auf neue Weise nach den Tätern und den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen die Verbrechen möglich wurden.

Die NS-Vergangenheit und der Umgang mit ihr wurden seit den achtziger Jahren zu bevorzugten Medienthemen, wobei der sensationelle Erfolg der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“, die in der Bundesrepublik Anfang 1979 ausgestrahlt wurde, eine große Rolle spielte, aber auch die bemerkenswerten Ergebnisse des bundesweiten „Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“, der Anfang der achtziger Jahre gleich zwei Mal für die Zeit des Nationalsozialismus ausgeschrieben wurde. Auch in der Politik – von den Kommunen bis auf die Ebene des Bundes – setzte sich gegen anfängliche Widerstände, die es nicht nur im konservativen Lager gab, parteiübergreifend die Überzeugung durch, daß eine demokratische Gesellschaft sich der NS-Vergangenheit stellen und deren kritische Aufarbeitung vorbehaltlos fördern muß. Fast alles, was in den letzten 25 Jahren an Denkmälern, Gedenkstätten und Orten der auf die Zeit des Nationalsozialismus bezogenen historisch-politischen

Bildungsarbeit entstanden ist, wird aus Mitteln der Kommunen, der Länder und des Bundes finanziert, hat also Mehrheiten in den Parlamenten, Verwaltungen und Regierungen gefunden. Möglich wurde das alles, weil einerseits jahrzehntelang tatsächlich sehr vieles un- aufgearbeitet geblieben, die oft beschworene „Trauer- arbeit“ nicht geleistet worden war, und andererseits der inzwischen große zeitliche Abstand zu dem historischen Geschehen und der damit verbundene Generations- wechsel es offensichtlich leichter machten, die Wahrheit zu ertragen. Auch hatten beispielsweise die Forschun- gen im Rahmen des „Schülerwettbewerbs Deutsche Ge- schichte“ gezeigt, daß es diesen Jugendlichen, anders als den „68ern“, nicht mehr primär darum ging, Anklage gegen ihre Eltern und Großeltern zu erheben, sondern um möglichst genaues Wissen, um das Sichtbarwerden und die Würde der Opfer und um die Bedeutung der Erinnerung für die Gegenwart und Zukunft.

So erfreulich die hier skizzierten Entwicklungen sind, so erschreckend ist der Rückblick auf die ersten Jahrzehnte nach 1945. Als der erste Deutsche Bundestag am 7. Sep- tember 1949 in Bonn eröffnet wurde, hatte der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) als Alterspräsi- dent das erste Wort. Er erinnerte an die Reichstagssit- zung vom 23. März 1933, in der das „Ermächtigungsge-

setz“ beschlossen wurde, verwies auf das gigantische Ausmaß der vom Nationalsozialismus zu verantwortenden Zerstörungen in Deutschland und auf „die geistige und seelische Verwüstung, die mit der äußerlichen in unserem Volke angerichtet worden ist“. Dabei ist auffällig, daß die Aussagen über die NS-Herrschaft in Deutschland sehr abstrakt blieben und die von den Nationalsozialisten in anderen Ländern verübten Verbrechen gar nicht erst thematisiert wurden. Unübersehbar apologetisch formulierte Loebe: „Wir [...] bestreiten [...] keinen Augenblick das Riesenmaß von Schuld, das ein verbrecherisches System auf die Schultern unseres Volkes geladen hat. Aber die Kritiker draußen wollen doch eines nicht übersehen: das deutsche Volk litt unter zweifacher Geißelung. Es stöhnte unter den Fußtritten der deutschen Tyrannen und unter den Kriegs- und Vergeltungsmaßnahmen, welche die fremden Mächte zur Überwindung der Nazi-Herrschaft ausgeführt haben.“ Die Vorstellung, daß die Nazi-Herrschaft in erster Linie ein Unrecht am deutschen Volk gewesen sei und die Deutschen am meisten gelitten hätten, war damals weit verbreitet. Als habe er sich selber darüber erschrocken, daß er das, was die Deutschen den anderen Völkern zugefügt hatten, allzu sehr vernachlässigte, setzte Loebe gleichsam entschuldigend hinzu: „Wessen Haus an allen Ecken brennt, der sieht zunächst die eigene

Not, ehe er die Fassung gewinnt, die Lage der Nachbarn voll zu würdigen.“

So dachten in der Tat die allermeisten, auch unter den führenden deutschen Politikern. Jahrzehntlang kam es im Bundestag zu keiner von einzelnen Gesetzesvorhaben unabhängigen Grundsatzdebatte über die nationalsozialistische Vergangenheit. Einig war man in der Abwehr der „Kollektivschuld“-These und in der „Selbststilisierung der Deutschen als der eigentlichen Opfer der NS-Diktatur“ (Helmut Dubiel). Große Mehrheiten fanden die Forderungen nach einer Freilassung der als „Kriegsverbrecher“ verurteilten Wehrmachtsführer, nach einer beruflichen Wiedereingliederung der kleinen und mittleren NS-Funktionäre, nach einer angemessenen Versorgung der deutschen Kriegsoffer und der aus ihrer Heimat Vertriebenen. Umstritten waren dagegen die von Adenauer 1952 mit Hilfe der SPD durchgesetzten „Wiedergutmachungs“-Abkommen zugunsten der aus Deutschland vertriebenen Juden und des Staates Israel. Andere Opfergruppen wurden ebenso wie die Zerstörungen in fremden Ländern politisch so gut wie vollständig ignoriert. Wenn von ihnen überhaupt die Rede war, neigte die große Mehrheit dazu, die fremden Leiden gegen die eigenen aufzurechnen - gegen den Tod und die Gefangenschaft der nächsten Angehörigen,

gegen die Schrecken des Bombenkrieges, der Flucht und Vertreibung, gegen die unbestreitbar große Not der frühen Nachkriegsjahre.

Im Oktober 1948 ergab eine Meinungsumfrage, daß 57% der Deutschen noch immer glaubten, daß der Nationalsozialismus „eine gute Idee“ war, die „schlecht ausgeführt wurde“. Der Unrechts- und Verbrechenscharakter des NS-Regimes war nicht mehr zu leugnen, doch beharrte man darauf, daß die Mehrheit des Volkes lediglich verführt worden sei. Mit der Anerkennung der Schuld tat man sich dementsprechend schwer, und die Versuchung, zumindest nach Mitschuldigen zu suchen, war groß. Selbst Erich Kästner, dessen Bücher im Mai 1933 verbrannt worden waren und der schon am 8. Mai 1945 kritisch anmerkte, daß „die Unschuld grassiert wie die Pest“, klagte in seinem Tagebuch über die „Mitschuld“ der alliierten Sieger an der Katastrophe: „Wer hat denn, als längst der Henker bei uns öffentlich umging, mit Hitler paktiert? Das waren nicht wir. Wer hat denn Konkordate abgeschlossen? Handelsverträge unterzeichnet? Diplomaten zur Gratulationscour und Athleten zur Olympiade nach Berlin geschickt? Wer hat denn den Verbrechern die Hand gedrückt statt den Opfern? Wir nicht, meine Herren Pharisäer!“ Das war sachlich nicht falsch, und ist seitdem oft genug wieder-

holt worden. Auch läßt sich die Liste der politisch fatalen Entscheidungen ohne Schwierigkeiten bis zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt im August 1939 mit dem geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung Polens verlängern. Was auch immer man jedoch über andere europäische und außereuropäische Mächte sagen mag, die Verantwortung für die nationalsozialistische Schreckensherrschaft und die von ihm verübten Verbrechen lag und liegt bei den Deutschen und niemandem sonst.

Das NS-System war keine Fremdherrschaft in Deutschland, obwohl bis heute immer wieder so geredet wird, als seien „die braunen Horden“ von außen in das Land eingebrochen. Zwar erhielt die NSDAP bei den Wahlen im Übergang von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“ keine absolute Mehrheit, doch erfolgten die „Machtergreifung“ und die „Gleichschaltung“ des politischen und gesellschaftlichen Lebens im Bündnis mit den konservativ-nationalen Eliten und unter dem Beifall fast aller, die nicht unmittelbar bedroht waren. Die NSDAP brachte es bis 1945 auf über acht Millionen Parteimitglieder, und Millionen von Menschen, die sich als „unpolitisch“ verstanden, waren darüber hinaus in den nationalsozialistischen Massen- und Berufsverbänden organisiert. Das „Dritte Reich“ war ein Terrorsystem, das

Furcht und Schrecken verbreitete, aber es war nicht die Diktatur einer kleinen Minderheit, sondern ein Terror-system, dessen Massenbasis weit über den Bereich der nationalsozialistisch Organisierten hinausreichte. Es ist heute unbestritten, daß spätestens nach der Bildung des „Großdeutschen Reiches“ durch den „Anschluß“ Österreichs im Frühjahr 1938 und noch mehr nach dem überraschend schnellen Sieg über Frankreich im Juni 1940 Hitler und die NSDAP auch bei Wahlen, die unter internationaler Aufsicht durchgeführt worden wären, eine überwältigende Mehrheit erhalten hätten. Und es ist eine Tatsache, daß die Massenloyalität selbst in der zweiten Hälfte des Krieges, als die Verluste und Lasten für die Deutschen ständig größer wurden, auch das Wissen über die vor allem in Polen und der Sowjetunion verübten Verbrechen einschließlich des an den Juden verübten Völkermords eine immer stärkere Verbreitung in der deutschen Wehrmacht, aber auch in Teilen der Zivilbevölkerung fand, ungebrochen blieb – die große Mehrheit der Deutschen betrachtete den Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 als schmachvollen „Verrat“ und blieb ihrem „Führer“ treu bis zum bitteren Ende.

Das Ende des Krieges und der NS-Herrschaft war für die allermeisten in Deutschland nicht der 8. Mai 1945. Irgendwann zwischen Anfang Oktober 1944 und dem 8.

Mai wurden die einzelnen Städte und Dörfer erobert oder kampflos übergeben, erlebten die dort lebenden Menschen ihren „persönlichen 8. Mai“. Schon am 3. Oktober besetzten im Westen die amerikanischen Truppen die Stadt Aachen, im gleichen Monat drang die Rote Armee in Ostpreußen zum ersten Mal auf das Reichsgebiet vor, und in den ersten Monaten des Jahres 1945 rückten die alliierten Truppen an allen Fronten gegen erbitterten, wenn auch aussichtslosen Widerstand in schnellem Tempo voran, wobei strategisch weniger wichtiger Gebiete zunächst ausgeklammert blieben. Am 25. April trafen sich die Spitzen der sowjetischen und amerikanischen Truppen in Torgau an der Elbe. Der bedingungslosen Kapitulation am 7. Mai in Reims und am 8. in Berlin-Karlshorst gingen zahlreiche regionale Teilkapitulationen voraus: am 2. Mai im hauptstädtischen Berlin, am gleichen Tag in Italien, am 3. in Lüneburg für Norddeutschland, Holland und Dänemark, am 5. in München für Bayern, Böhmen und die „Ostmark“ (d.h. Österreich). Am 8. Mai kapitulierten die in Norwegen verbliebenen deutschen Truppen, erst am 9. auch die Reste der deutschen Wehrmacht im sogenannten „Kurland-Kessel“. Merkwürdigerweise wurde die von Großadmiral Dönitz, den Hitler vor seinem Selbstmord am 30. April als Reichspräsidenten eingesetzt hatte, in Schleswig-Holstein gebildete Reichsregie-

rung, die über keinerlei exekutive Gewalt mehr verfügte, erst am 23. Mai, vier Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation, verhaftet.

Der 8. Mai bedeutete allerdings, was in Deutschland allzu oft übersehen wird, zwar das Ende des Krieges in Europa, aber noch nicht das Ende des Zweiten Weltkrieges insgesamt, da die Kämpfe auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz weitergingen und nicht zuletzt die japanischen Städte durch die amerikanischen Bombenangriffe zunehmend verwüstet wurden. In Ostasien weitete sich der Krieg sogar noch weiter aus, als die Sowjetunion, einer Vereinbarung mit den westlichen Alliierten folgend, am 8. August 1945 Japan den Krieg erklärte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Zerstörungsgewalt des Krieges mit dem Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima am 6. August bereits ihren letzten, schrecklichen Höhepunkt erreicht. Drei Tage später, am 9. August, folgte der Abwurf der zweiten Atombombe auf Nagasaki. Am 15. August erklärte Japan daraufhin öffentlich seine Bereitschaft zur Kapitulation, am 2. September wurde die Kapitulationsurkunde unterzeichnet. Erst damit endete der Zweite Weltkrieg, der mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 begonnen hatte und genau 2194 Tage oder sechs Jahre und einen Tag dauerte.

Es war schon im Sommer 1945 unter den führenden amerikanischen Militärs strittig, ob der Einsatz der Atombombe zu diesem Zeitpunkt militärisch noch nötig war, und unter den Historikern gibt es bis heute keine einheitliche Meinung dazu. Sicher ist aber, daß die Einwohner von Hiroshima und Nagasaki das Schicksal erlitten, das den Bewohnern deutscher Großstädte zugeacht war. Die Deutschen hatten das unverdiente Glück, daß die Bombe erst Mitte Juli 1945, mehr als zwei Monate nach der deutschen Kapitulation, einsatzfähig war. Andererseits sollte im Rückblick auf das Jahr 1945 gerade in Deutschland nicht übersehen werden, daß die Nuklearwaffen, mit denen die Menschheit in die Lage versetzt worden ist, sich selber zu vernichten, mit einem für damalige Verhältnisse unvorstellbaren Aufwand an wissenschaftlicher Expertise und finanziellen Mitteln entwickelt wurden, um der Bedrohung durch das militärisch hochgerüstete und zunächst erschreckend erfolgreiche rassistisch-aggressive Deutsche Reich erfolgreich entgegentreten zu können. Es ist nicht auszuschließen, daß es zu einem späteren Zeitpunkt auch ohne das nationalsozialistische Deutschland zur Entwicklung atomarer Waffen gekommen wäre. Daß diese Waffen im Zweiten Weltkrieg entwickelt und an seinem Ende erstmals eingesetzt wurden, gehört jedoch in jedem Falle zur negativen Wirkungsgeschichte des natio-

nalsozialistischen Herrschaftsanspruchs in Europa und der Welt.

Als am 9. Mai in Europa „die Waffen schwiegen“, wie es in der letzten Radio-„Sondermeldung“ hieß, notierte ein 15jähriger Saarländer, für den der Krieg schon länger vorbei war, in seinem Tagebuch die naheliegende Frage: „Wozu haben sie [die Waffen] überhaupt gesprochen? Fünf Jahre und acht Monate lang? Damit eine Welt in Trümmern fallen mußte?“ Bei Kriegsende befanden sich nicht weniger als 53 Staaten im Kriegszustand mit Deutschland, von denen etwa die Hälfte, nämlich 27, an den Kampfhandlungen beteiligt waren. In Europa blieben nur sechs Staaten von unmittelbaren Kriegseinwirkungen verschont. Die Zahl der Menschen, die für den Krieg mobilisiert wurden, also den Streitkräften der beteiligten Staaten angehörten, ist weltweit auf 92 Millionen geschätzt worden. Der Zweite Weltkrieg war darüber hinaus ein „totaler Krieg“, in den die Zivilbevölkerung von Anfang an in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß einbezogen wurde. An seinem Ende waren etwa 55 Millionen Tote zu beklagen, von denen die Mehrzahl (rund 30 Millionen ) keine Soldaten waren. Rund zwei Drittel der 55 Millionen, d.h. mindestens 37 Millionen Menschen, verloren ihr Leben in Europa. Am schwersten getroffen wurde die Sowjetunion,

deren Verluste inzwischen auf rund 27 Millionen Menschen berechnet worden sind, wobei es sich neben den 8,6 Millionen Toten der Roten Armee um fast genau doppelt so viele Zivilisten handelt. Mit ca. sechs Millionen Toten, von denen etwa die Hälfte Juden waren, büßte Polen ein Fünftel seiner Bevölkerung aus der Zeit vor Beginn des Krieges ein. Es ist hier nicht möglich, die Menschenverluste anderer europäischer Staaten einzeln zu nennen, doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß es selbst in dem relativ kleinen Jugoslawien ca. 1,7 Millionen Tote gab. Sehr hoch war auch die Zahl der deutschen Todesopfer: Von 18 Millionen Menschen, die während des Krieges Militärdienst leisteten, überlebten 5,3 Millionen Krieg und Gefangenschaft nicht. Dazu kamen etwa 600.000 Todesopfer des Bombenkriegs und 1,7 Millionen Menschen, die Flucht und Vertreibung nicht überlebten.

Daß die in diesem Krieg siegreichen Mächte nach seinem Ende nicht nur ihre Opfer beklagten, sondern vor allem den Sieg und die Befreiung von Fremdherrschaft und Besatzungsterror überschwänglich feierten, bedarf keiner besonderen Begründung. Wie immer die weiteren Entwicklungen auch sein mochten - der Sieg über die Deutschen bedeutete nicht nur in Paris, sondern auch in Warschau, Budapest und Prag die Befreiung

von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und einer damit verbundenen fundamentalen Bedrohung der Existenz der jeweiligen Nationen und ihrer Bürger. Auffällig ist allerdings, wie sehr die Feiern des 8. bzw. 9. Mai in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Staaten schon bald zu einer ausgesprochenen Machtdemonstration wurden, die ihren Ausdruck in immer aufwendigeren Militärparaden fand. Von den Opfern war dabei wenig, von den „Helden“ des „Großen Vaterländischen Krieges“ dafür umso mehr die Rede. Das galt auch für die Sowjetische Besatzungszone und die DDR, in der die Darstellung des 8. Mai als „Tag der Befreiung“ verbindlich gemacht wurde. Die SED verstand sich als Teil des kommunistischen Lagers und ordnete sich damit in das Lager der Sieger im internationalen „Kampf gegen den Faschismus“ ein. Der „Antifaschismus“ wurde zur Partei- und Staatsdoktrin, sehr schnell auch zur Waffe im Kalten Krieg. Schon im April 1949, noch vor der Gründung der DDR, erklärte das Sekretariat des ZK der SED, daß „der Kampf gegen die Überreste des Nationalsozialismus jetzt bei weitem nicht mehr so wichtig [ist] wie der Kampf gegen die Kriegstreiber im Westen und deren Lakaien im Osten“. Während die DDR als die revolutionäre Alternative zur NS-Herrschaft proklamiert wurde, behauptete man hinsichtlich der West-

zonen und der Bundesrepublik eine weitgehende Kontinuität faschistischer und imperialistischer Tendenzen.

Im Westen revanchierte man sich damit, daß man unter den Vorzeichen des Kalten Krieges auf die Totalitarismustheorie setzte und auf diese Weise Kommunismus und Nationalsozialismus trotz ihrer unübersehbaren ideologischen Gegensätze als gleichermaßen totalitäre Bedrohungen von Freiheit und Menschenwürde eng aneinander rückte. Im Kampf gegen die kommunistisch-totalitäre Bedrohung konnten manche auch der Versuchung nicht widerstehen, darauf hinzuweisen, daß man in Deutschland die „bolschewistische Gefahr“ schon zu einem Zeitpunkt erkannt habe, als die Westalliierten noch mit der Sowjetunion gemeinsam gegen das „Dritte Reich“ kämpften. Der antikommunistisch akzentuierte antitotalitäre Konsens wurde zu einem Grundpfeiler der Demokratieentwicklung in der frühen Bundesrepublik und zugleich zu einer der wichtigsten Voraussetzungen für den Wandel von einer besiegten Feindmacht zu einem begehrten Bündnispartner der westlichen Demokratien.

Um die Bedeutung des 8. Mai hat es in der alten Bundesrepublik lange Zeit kaum eine Diskussion gegeben. Zu eindeutig schien der Befund, daß es sich um eine mi-

litärische Niederlage, einen politischen Zusammenbruch und eine nationale Katastrophe handelte. Gewiß, viele waren 1945 darüber erleichtert, daß der Krieg zu Ende war, daß man keine Bomben mehr zu fürchten hatte und an den Fronten nicht mehr geschossen wurde. Aber angesichts einer höchst ungewissen Zukunft kam selbst bei denen kaum Jubel auf, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden und die Niederlage der Machthaber seit langem herbeigesehnt hatten. Uneingeschränkte Freude, die freilich häufig durch körperliche Schwäche, die tiefen Spuren der Leiden und Entbehrungen, gebremst war, gab es bei denen, die in den Konzentrationslagern und Haftanstalten, auf den Todesmärschen, in den Arbeits- und Gefangenenlagern befreit wurden oder, wie einige wenige der „untergetauchten“ Juden, endlich ihre Verstecke verlassen konnten. Das waren viele Millionen Menschen (darunter fast sechs Millionen Zwangsarbeiter), die in der großen Mehrzahl Bürger anderer Länder waren, die während des Krieges nach Deutschland verschleppt wurden. Es gab 1945 aber auch schon einzelne Stimmen, die in einem allgemeineren Sinne von Befreiung sprachen. Thomas Mann bedauerte, daß das deutsche Volk sich „nicht aus eigener Kraft“ von der Nazi-Herrschaft „befreien“ konnte, so daß „die Befreier von außen kommen mußten“. Auch der Philosoph Karl Jaspers sprach

davon, daß es die Besatzungsmächte waren, „die uns befreit haben vom nationalsozialistischen Joch“, und Heinrich Böll formulierte später einmal lapidar: „*Wir* warteten auf unsere ‚Feinde‘ als unsere Befreier.“ Das waren jedoch keine repräsentativen Äußerungen für die westdeutsche Bevölkerung und sehr wahrscheinlich – trotz der eindeutigen Sprachregelung zugunsten der „Befreiung“ – auch nicht für die Einwohner der SBZ bzw. der DDR.

1970, nach 25 Jahren, fand im Deutschen Bundestag zum ersten Mal eine offizielle Gedenkveranstaltung zum 8. Mai statt. Die erste Rede hielt Bundeskanzler Willy Brandt, der der millionenfachen Opfer des „von Hitler begonnenen Krieges“ im In- und Ausland gedachte. Er fuhr dann fort: „Was in jenen Tagen vor 25 Jahren von unzähligen Deutschen neben der persönlichen als nationale Not empfunden wurde, war für andere Völker die Befreiung von Fremdherrschaft, von Terror und Angst. Auch für die Mehrheit des deutschen Volkes erwuchs die Chance zum Neubeginn, zur Schaffung rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse.“. Das war zurückhaltend formuliert, sprach aber deutlich die Ambivalenz des 8. Mai 1945 als Ende und Anfang zugleich an, wenn auch der Begriff der „Befreiung“ auf die von den Deutschen befreiten Länder be-

schränkt blieb. Der zweite Redner des Tages war der CDU-Abgeordnete Richard von Weizsäcker, der die Ereignisse des Jahres 1945 und deren Auswirkungen auf die Gegenwart als „zwiespältig“ bezeichnete und die Erinnerung an die Schrecken des Krieges und der NS-Herrschaft mit einer scharfen Kritik an den politischen Verhältnissen im anderen Teil Deutschlands verband: „Die Verirrungen und ruchlosen Verbrechen der Nationalsozialisten, mit denen wir selbst nicht fertig geworden sind, gingen zu Ende, aber eine neue Zwangsherrschaft fand ihren Eingang auf deutschem Boden. Stalin drang mit seinem System in das Herz des europäischen Trümmerlandes vor, das Hitler hinterlassen hatte [...]“. Weizsäcker begnügte sich jedoch nicht mit der politischen Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus, sondern versuchte, aus der historischen Erfahrung Forderungen für das politische Handeln in der Gegenwart abzuleiten. Die vier Leitpunkte, die er in diesem Zusammenhang nannte, waren „Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. „Der 8. Mai lehrt uns“, so hieß es in seiner Rede, „den Frieden zu suchen mit dem Respekt vor dem unverbrüchlichen Wert der Freiheit. Wir kennen die Unfreiheit und werden uns ihrer erwehren...“

Damit war ein erster Schritt zu einer grundsätzlichen Diskussion über den 8. Mai 1945 getan. Die Fortsetzung ließ jedoch noch einige Zeit auf sich warten. Erst in den frühen achtziger Jahren, als die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Erbe des Nationalsozialismus lebhafter und auch polemischer wurde, begann eine breiter angelegte Diskussion über die Dialektik von Niederlage und Befreiung. In seinem „Brief an meine Söhne“, den Heinrich Böll 1984 veröffentlichte, schrieb er, die zu diesem Zeitpunkt noch immer eher zögerliche Debatte zuspitzend: „Ihr werdet die Deutschen daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder Befreiung bezeichnen.“ Vor die Alternative „Niederlage oder Befreiung“ gestellt, entschieden sich die allermeisten in Deutschland allerdings noch immer für die Niederlage.

Dabei war es nicht mehr so, daß sie die Niederlage bedauerten oder rückblickend die Sache des Nationalsozialismus zu ihrer eigenen machten. Die Grundprinzipien einer liberalen und sozialen demokratischen Ordnung wurden nicht mehr in Frage gestellt. Man berief sich vielmehr auf die eigenen Erfahrungen und die Überlieferung in der Familie, in der Nachbarschaft und im Freundeskreis. Darin war nicht von Befreiung die Rede, sondern von Angst und Schrecken, Leiden und

Verlust. Das war so bei den etwa 14 Millionen Deutschen, die ihre Heimat verloren, vor der Roten Armee flüchteten, von Haus und Hof vertrieben wurden. Es war so bei den rund 11 Millionen Soldaten, die in Gefangenschaft gerieten und einer sehr ungewissen Zukunft entgegensahen. Es war auch so bei allen, die – vor allem in den östlichen Teilen Deutschlands - den Schrecken der Eroberung und den Exzessen einer siegreichen Armee am Ende eines langen, verlustreichen und mit äußerster Härte und Brutalität geführten Krieges ausgesetzt waren. Und es war selbst bei denen so, die äußerlich weitgehend ungeschoren blieben, für die aber eine Welt zusammenbrach und eine Zeit der quälenden Orientierungslosigkeit begann. Hinzu kam die ungewohnte Erfahrung der materiellen Not, die für die meisten Deutschen, die jahrelang von der systematischen Ausplünderung anderer Länder profitiert hatten, erst mit dem Ende des Krieges begann: des Mangels an Lebensmitteln und Heizmaterial, an Wohnraum, Strom und Gas.

Es ist auch richtig, daß die Alliierten nicht ins Land kamen, um die Deutschen zu befreien, sondern um sie zu besiegen. Der innere Widerstand gegen die NS-Herrschaft war - wie man bei aller Bewunderung derjenigen, die das Unrecht nicht hinnehmen wollten und

bereit waren, ihr Leben einzusetzen, um es zu beenden, nicht bestreiten kann – zahlenmäßig schwach und letztlich nicht erfolgreich. Es bedurfte deshalb der gemeinsamen Anstrengung vieler Länder, um der Aggression, dem Terror und den Verbrechen ein Ende zu machen. Richtig ist ebenso, daß die allermeisten Deutschen gar nicht befreit werden wollten, sondern ihre Loyalität gegenüber dem NS-System bis zum letzten Augenblick demonstrierten. Allzu viele, nicht zuletzt unter den Jugendlichen, konnten sich ein Leben nach einer Niederlage überhaupt nicht vorstellen. Sie waren Opfer der NS-Ideologie und –Propaganda einschließlich der in der Endphase des Krieges weit verbreiteten Durchhalteparole „Lieber tot als Sklave“ – wobei in den allermeisten Fällen daraus glücklicherweise dann doch keine praktischen Konsequenzen gezogen wurden.

Es wäre abwegig, das was von mir hier mehr angedeutet als in aller Breite geschildert worden ist, zu bestreiten. Dennoch bleibt die Frage, ob das, was subjektiv als Niederlage, Zusammenbruch und extreme Not erfahren wurde, nicht objektiv doch ein Akt der Befreiung war. Um diese Frage zu beantworten, darf man sich nicht nur mit den individuellen und kollektiven Erfahrungen der damaligen Zeit beschäftigen, sondern muß man den Blick auf die gesamte Geschichte des Natio-

nalsozialismus richten. Es gab viele Diktaturen im Europa der sogenannten „Zwischenkriegszeit“ (nur 11 der 25 Länder, die nach dem Ersten Weltkrieg eine demokratische Verfassung hatten, waren 1938 noch Demokratien), aber das „Dritte Reich“ war mehr als eine Diktatur unter vielen. Es war ein radikal rassistisches, von Anfang an auf den Krieg ausgerichtetes System, das als seine Hauptziele die „Endlösung der Judenfrage“ und die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten definierte. Auf dieser Basis sollte das „Tausendjährige Reich“ als ein „Germanisches Reich deutscher Nation“ entstehen, das den europäischen Kontinent und schließlich die ganze Welt beherrschen würde.

Vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg sind die führenden Männer des NS-Systems aus guten Gründen der „Verschwörung gegen den Frieden“ und der Verübung von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ angeklagt worden. Das Deutsche Reich hat in der Tat andere Staaten ohne Kriegserklärung überfallen (u.a. Polen 1939, die Sowjetunion 1941) und einen mörderischen Weltkrieg entfesselt, wobei es hinsichtlich der Schuldfrage, anders als beim Ersten Weltkrieg, nicht den geringsten Zweifel gibt. (Wenn neuerdings ehemalige Bundeswehrgenerale das Gegenteil behaupten, ist das ebenso grundlos wie skandalös.) Dieser Krieg ist im

Osten, teilweise auch im Südosten Europas als ein rassistischer Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt worden, in dem es um die physische Vernichtung der polnischen Intelligenz und die Versklavung der bäuerlichen Bevölkerung Polens ging, um die Dezimierung – im wörtlichen Sinne! – und Vertreibung von –zig Millionen Menschen auf dem Gebiet der Sowjetunion (die deutschen Planer gingen davon aus, daß mehr als 30 Millionen Menschen die Vertreibung aus ihren angestammten – fruchtbaren – Siedlungsgebieten nicht überleben würden), um die Zerstörung zehntausender Städte und Dörfer und die großflächige „Entvölkerung“ von Partisanengebieten. Im sogenannten „Kriegsgerichtsbarkeitserlaß“ wurde schon vor Beginn der Kampfhandlungen festgelegt, daß für „Handlungen“ von Wehrmachtsangehörigen „gegen Zivilpersonen“ selbst dann kein Verfolgungszwang bestand, „wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist“. Dem „Kommissarbefehl“ entsprechend wurden die politischen Offiziere, jüdische Soldaten und in der Regel auch die weiblichen Angehörigen der Roten Armee nach der Gefangennahme aussortiert und anschließend erschossen. Auch sonst galten für die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht die Regeln des Kriegsrechts. Unterbringung und Ernährung waren katastrophal, es fehlte an Hygiene und medizinischer Versorgung. Ob-

wohl sich die Verhältnisse etwas besserten, als sie vom Frühjahr 1942 an als Arbeitskräfte eingesetzt wurden, überlebten beinahe zwei Drittel die Gefangenschaft nicht (von den deutschen Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft starb etwa ein Drittel, und auch das war schon eine extrem hohe, international aus dem Rahmen fallende Todesrate). Bei alledem handelte es sich nicht, um das noch einmal deutlich zu sagen, um Verbrechen, wie sie in allen Kriegen vorkommen können, nicht um lokale Ausschreitungen oder einzelne Exzesstaten. In dem Willen zum Krieg und in der Art der Kriegführung offenbarte sich vielmehr eines der Grundelemente nationalsozialistischen Denkens und Handelns.

Ein anderes dieser Grundelemente bestand bekanntlich in der antisemitischen Wahnvorstellung, daß die Juden das Unglück dieser Welt seien, mit denen man einen „Existenzkampf“ führen müsse, einen Kampf „auf Leben und Tod“, in dem es keine Kompromisse geben dürfe. Man begann mit der Entrechtung, gesellschaftlichen Ausgrenzung und Vertreibung der deutschen Juden, und man endete bei einem Völkermordverbrechen an den europäischen Juden, wie es die Welt vorher und hinterher nicht gesehen hat – ein Verbrechen, bei dem, wie Gustav Seibt vor einigen Jahren formulierte,

„ein Menschevolk dem anderen das Recht aberkann-  
te, die Erde zu bewohnen“. Das geschah durch Massen-  
erschießungen, in eigens dafür geschaffenen Vernich-  
tungslagern, in Zwangsgghettos, Konzentrations- und  
Arbeitslagern, auf den Todesmärschen unmittelbar vor  
der militärischen Niederlage. Die Täter waren, wie wir  
inzwischen wissen, nicht nur fanatische SS-Männer, son-  
dern auch „gewöhnliche Deutsche“, die als Angehörige  
von Reservepolizeibataillonen Männer, Frauen und  
Kinder zu Tausenden und Zehntausenden erschossen,  
und Techniker, Beamte, SS- und Polizeiangehörige,  
„Mitglieder einer hochzivilisierten Nation“ allesamt, die  
die Deportationen organisierten und die Vernichtungslager  
betrieben. Was hier geschah und warum Auschw-  
witz zum Symbol des absolut Bösen geworden ist, ist  
von Jan Philipp Reemtsma präzise benannt worden:  
„Eine europäische Nation, die Deutschen, hatte, im  
Schutze des Krieges zwar, aber ohne Zusammenhang  
mit den traditionell-militärischen Zielsetzungen, einen  
Teil der Bevölkerung Europas willkürlich zum Tode  
verurteilt, und, soweit ihre Macht reichte, den ganzen  
Kontinent nach seinen Mitgliedern abgesucht, sie in To-  
deslager zusammengetrieben und mit Giftgas umge-  
bracht.“

Weitere Verbrechen ließen sich anfügen. Der Mord an den Roma und Sinti in den Ländern unter deutscher Herrschaft, auch in Auschwitz. Die Zwangssterilisierungen an Menschen mit sogenannten „Erbkrankheiten“, die etwa 400.000 Menschen in Deutschland erleiden mußten. Die „Euthanasie“-Morde an insgesamt etwa 200.000 Kranken und Behinderten in Deutschland, aber auch in einem Teil der besetzten Gebiete. Überall gab es Menschen, die als „schädlich“ für die „Volksgemeinschaft“, als „lebensunwert“ oder auch nur als „überflüssig“ bezeichnet und dementsprechend behandelt wurden. Ich muß diese Reihe nicht fortsetzen. Wichtig ist allerdings noch ein Hinweis: Es ist inzwischen klar geworden, daß die Hoffnung der frühen Nachkriegsjahre, daß sich die Verantwortung für die NS-Verbrechen auf Hitler und einen kleinen Kreis von Gefolgsleuten, bei den Organisationen auf die SS und die Gestapo beschränken läßt, nicht erfüllt hat. Es wurde nicht alles von oben befohlen, es gab bei der Durchführung in der Regel auch keinen „Befehlsnotstand“. Es war vielmehr ein arbeitsteiliger Prozeß, an dem sehr viele beteiligt waren, die sich eifrig darum bemühten, „dem Führer entgegenzuarbeiten“, wie es der englische Hitler-Biograph Ian Kershaw formuliert hat.

Aus dem bisher Gesagten sollte deutlich geworden sein, daß es eine Katastrophe sondergleichen gewesen wäre, wenn das NS-System den Krieg nicht verloren, sondern gewonnen hätte, wenn es seine Politik – und d.h. seine Verbrechen – über die ohnehin schon viel zu langen zwölf Jahre hinaus hätte fortsetzen können. Es mußte deshalb ein Ende mit Schrecken geben, um den Schrecken ohne Ende zu vermeiden. Wie auch immer die Niederlage aussehen mochte – sie bedeutete für Deutschland und die Deutschen die Befreiung von einem im Kern verbrecherischen System und nicht zuletzt auch von der Komplizenschaft mit diesem System. Vielleicht erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kleinen autobiographischen Exkurs. Ich war bei Kriegsende fast elf Jahre alt, seit einem Jahr als „Pimpf“ im „Jungvolk“ der „Hitler-Jugend“, von der Schule vorgeschlagen für die Napola, eine der nationalsozialistischen Eliteschulen, von denen ich nur so viel wußte, daß es dort sehr guten Unterricht und besonders viele Sportmöglichkeiten geben sollte. Wegen des herannahenden Kriegsendes ist daraus glücklicherweise nichts mehr geworden, aber noch heute erschreckt mich die Vorstellung, wie ich, wenn das „Dritte Reich“ weiter bestanden hätte, in das System hineingewachsen und, von anderen Bildungseinflüssen abgeschirmt, damit zu einem mehr oder weniger typischen Vertreter des „Herrenvolkes“ geworden

wäre. Auch deshalb bin ich, obwohl ich das Kriegsende als Niederlage und Zusammenbruch erlebt habe, schon seit langem der Meinung, daß es objektiv eine Befreiung war. Das deutsche Volk war offensichtlich nicht in der Lage (viele wollten es auch gar nicht), sich von der NS-Herrschaft zu befreien, so daß der militärische Sieg der Alliierten nötig war, um den Realität gewordenen Albtraum zu beenden und das Tor zu einer anders gearteten Zukunft aufzustoßen.

Als Richard von Weizsäcker als Bundespräsident am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag seine große und noch immer unvergessene Rede hielt, kam er ohne Umschweife sofort zum Kern seiner historisch-politischen Botschaft. Sie lautete: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft.“ Das war ebenso unmißverständlich wie überraschend, da sich bis dahin noch kein führender bundesrepublikanischer Politiker so entschieden in diesem Sinne geäußert hatte. Auf große Teile der deutschen Öffentlichkeit wirkte diese Aussage ausgesprochen befreiend, und auch das internationale Echo war überwältigend positiv. Natürlich gab es auch Kritik, und die Diskussion wurde mit dieser Rede nicht beendet, sondern eigentlich erst richtig eröffnet. Wichtig war,

daß Weizsäcker sich zwar an die Deutschen wandte, aber die Erfahrungen und Grundeinstellungen der Menschen in den anderen europäischen und außereuropäischen Ländern, die ebenfalls und zum Teil sehr viel stärker im Krieg gelitten hatten, immer im Blick behielt. Er sah auch keinen Widerspruch zwischen der Befreiungsthese und der Katastrophen- und Leidenserfahrung der meisten Deutschen am Ende des Krieges. Er gedachte der Opfer des Krieges und der Kriegsfolgen auch in Deutschland, aber er insistierte auf der Unterscheidung zwischen Ursache und Wirkung.

Die „deutsche Katastrophe“, so ist es auch schon vor Weizsäcker formuliert worden, begann nicht 1945, sondern 1933. Die Deutschen überzogen andere Länder mit Krieg und Mord, ehe der Krieg auf sie zurückschlug. Sie vertrieben Polen aus ihrer Heimat und planten die Vertreibung von großen Teilen der Sowjetbevölkerung, ehe die Deutschen aus den preußisch-deutschen Ostprovinzen und den deutschen Siedlungsgebieten in anderen Ländern vertrieben wurden. Dennoch ist es nötig, auch der deutschen Opfer zu gedenken. Tatsächlich sprach man in den ersten Jahrzehnten nach 1945 in der Bundesrepublik fast nur von den deutschen Opfern, den Bombenopfern, den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, den toten oder noch gefangengehaltenen Sol-

daten. In den fünfziger Jahren wurde beispielsweise von bundesrepublikanischen Historikern im Auftrag der Bundesregierung eine vielbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ erarbeitet, während von einer vergleichbaren Edition von Quellen zur Ermordung der europäischen Juden zu dieser Zeit (und noch sehr lange danach) keine Rede war. Auch die Bombenschäden in den deutschen Städten wurden sorgfältig registriert, die von den Deutschen in anderen Ländern verursachten Zerstörungen aber souverän ignoriert. In der DDR durfte man zwar die Vertriebenen nur „Umsiedler“ nennen, dafür aber die Opfer des Bombenkrieges, der „anglo-amerikanischen Terrorangriffe“, umso lauter beklagen. Unter diesen Umständen ist es sehr befremdlich, daß neuerdings die Beschäftigung mit den Bombenangriffen auf deutsche Städte von interessierten Autoren und auch manchen Kommentatoren als „Tabubruch“ bezeichnet wird. Das Gleiche gilt für den in den letzten Jahren auffällig forcierten Umgang mit dem Thema Flucht und Vertreibung. Beide Themen sind zweifellos wichtig und bedürfen einer weiteren Bearbeitung und auch öffentlichen Diskussion, doch muß dabei jeder Anschein einer Aufrechnung gegen deutsche Verbrechen vermieden werden, müssen auch die sehr verständlichen Empfindlich-

keiten anderer Länder, vor allem der Polen und Tschechen, dabei berücksichtigt werden.

In Polen, aber auch in einigen anderen Ländern, ist in jüngster Zeit der Verdacht geäußert worden, daß die Deutschen inzwischen dabei seien, sich zu Opfern des Krieges zu stilisieren. Statt sich der Tatsache zu stellen, daß die Deutschen vor allem Täter waren, ehe sie schließlich auch Opfer wurden, widme man sich immer stärker den eigenen Leiden und Verlusten. Ein Blick in die Bild- und Printmedien der letzten Wochen und Monate scheint diese Vorwürfe zu bestätigen. Kaum eine Zeitung verzichtet auf Artikelserien über die brennenden und zerstörten deutschen Städte, über das Elend von Flucht und Vertreibung, über letzte Schlachten und Besatzungsterror, und zu all diesen Themen ergießt sich geradezu eine Sturzflut von beweglichen und unbeweglichen Bildern über die Zeitungsleser und Fernsehzuschauer. Das hängt, so scheint mir, nicht zuletzt damit zusammen, daß in den Medien, aber auch in nicht wenigen offiziellen Verlautbarungen und selbst bei manchen Historikern, nur noch vom 60. Jahrestag des Kriegsendes die Rede ist, während es, um den Titel der Weizsäcker-Rede von 1985 zu zitieren, die auch in dieser Hinsicht vorbildlich ist, korrekt heißen müßte: „Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der

nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Wer sich nur für das Kriegsende interessiert, verengt fast unvermeidlich seinen Blick, da der Krieg in den letzten Monaten und Wochen fast nur noch auf deutschem Boden stattfand. Zu diesem Zeitpunkt trafen die Schrecken des Krieges nicht mehr die Bewohner der vielen Länder, die so lange und so schwer unter ihm gelitten haben, sondern in erster Linie die bis dahin weitgehend verschonten Deutschen. Beschäftigt man sich nur mit der Schlußphase des Krieges, entsteht deshalb mit einer gewissen Notwendigkeit ein verzerrtes Bild: Die vielen anderen Opfer geraten aus dem Blick, und übrig bleiben nur die Deutschen – als Opfer.

In der deutschen Geschichte war der 8. Mai 1945 Anfang und Ende zugleich, oder besser: Er war ein Ende, das die Chance zu einem neuen Anfang bot. Er war nicht das Ende der deutschen Geschichte, sondern das Ende des Krieges und das Ende der NS-Herrschaft. In Deutschland hatten, im Banne der Nazi-Propaganda, nicht wenige befürchtet, daß die militärische Niederlage „finis Germaniae“, das Ende Deutschlands, sein werde. Tatsächlich gab es bei den Alliierten zunächst die Vorstellung, den deutschen Nationalstaat aufzulösen und an seine Stelle kleinere politische Einheiten zu setzen. Auch wurden in den USA ernsthafte Überlegungen angestellt,

das hochindustrialisierte Deutschland auf das Niveau eines Agrarlandes zu drücken. Angesichts dessen, was die Deutschen während des „Dritten Reiches“ getan und jetzt zu verantworten hatten, hätte man sich kaum darüber beklagen dürfen, wenn solche Pläne Wirklichkeit geworden wären. Das war jedoch nicht der Fall. Was blieb, war die Abtrennung aller deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie und die Aufteilung des restlichen Deutschland in Besatzungszonen, aus der sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges dann die deutsche Teilung entwickelte.

Der 8. Mai 1945 war aber nicht nur das Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Gewalt- und Schreckensherrschaft, sondern auch, wie Weizsäcker 1985 argumentierte, „das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte“, der schon lange vor 1933 begonnen hatte. Hier geht es um das, was man den „deutschen Sonderweg“ in die Moderne genannt hat: die auffällige Stärke der obrigkeitsstaatlichen Traditionen, die langanhaltende Diskriminierung des Parlamentarismus und der politischen Parteien, die strukturelle Schwäche der liberalen und demokratischen Kräfte, die übermäßig starke Rolle des Militärs und die damit einhergehende Militarisierung der Gesellschaft, den antiliberal geprägten Nationalismus und die prinzipielle Überhöhung des Na-

tionalstaates, das immer mehr um sich greifende Denken in völkischen Kategorien, den rassistischen Antisemitismus und die Diskriminierung von Minderheiten. Viele dieser vor allem im deutschen Kaiserreich entwickelten Besonderheiten der deutschen politischen Kultur hatten den Aufstieg, die „Machtergreifung“ und die Herrschaft des Nationalsozialismus in starkem Maße begünstigt. Dadurch waren sie, auch wenn sich diese Einsicht nur sehr allmählich durchsetzte, so sehr diskreditiert, daß sie nach 1945 in der deutschen Politik keine oder zumindest keine entscheidende Rolle mehr spielen konnten.

Damit sind wir bei der Frage, was 1945 in Deutschland seinen Anfang nahm. Die erste Überraschung bestand für die meisten der Zeitgenossen darin, daß das Leben überhaupt weiterging. Mit dieser Erfahrung begann bereits die innere Distanzierung von der NS-Vergangenheit. Alle Besatzungsmächte - auch die sowjetische - bemühten sich von Anfang an energisch darum, auch unter extrem schwierigen Voraussetzungen die Grundbedingungen menschlicher Existenz zu sichern. In den Trümmern der großen Städte begann innerhalb weniger Wochen ein neues kulturelles Leben: Es gab erste Konzerte, Theateraufführungen, Kunstausstellungen, selbst Opern und schon bald auch die ersten

Zeitungen (in Berlin waren es Ende 1945 schon wieder 12 Tages- und Wochenzeitungen). Ab Mitte Juni 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht in Berlin die ersten politischen Parteien zugelassen. Die oberste politische Gewalt lag in den Händen der Besatzungsmächte, die unverzüglich deutsche kommunale Verwaltungen und bald auch Landesregierungen einsetzten. In den Westzonen wurde die Entnazifizierung durch ein Programm der „Umerziehung“ („Reeducation“) der Deutschen zur Demokratie ergänzt, während die „antifaschistischen Säuberungen“ in der SBZ in starkem Maße für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft nach sowjetischem Muster genutzt wurden.

Es ist hier nicht nötig, die Entwicklungen im einzelnen weiter nachzuzeichnen. Für die Zukunft entscheidend wurde, daß die Demokratieentwicklung unter sowjetischem Einfluß schon sehr bald der Etablierung einer neuen Diktatur totalitären Zuschnitts geopfert wurde, während sie in Westdeutschland, unterstützt durch die Besatzungsmächte und eine überraschend positive wirtschaftliche Entwicklung, sich langsam, aber stetig entwickeln konnte. In der entstehenden Bundesrepublik wurde der 8. Mai 1949, an dem der Parlamentarische Rat das Grundgesetz verabschiedete zu einem symbolischen Datum für die Chancen des Neuanfangs

(manche von Ihnen werden sich an die großen Veranstaltungen „50 Jahre Grundgesetz“ in den Tagen um den 8. Mai 1999 erinnern). Bei der Gründung der Bundesrepublik ist eine kurze Zeit lang sogar erwogen worden, den 8. Mai deshalb in der Bundesrepublik zu einem nationalen Feiertag zu machen, doch wurde dieser Gedanke rasch wieder fallen gelassen, weil das Datum im Hinblick auf das Jahr 1945 als allzu negativ belastet galt. Für die Chancen der Ambivalenz von Gedenk- und Feiertagen, die an Positives wie Negatives der Geschichte erinnern, hatte man damals, ähnlich wie vier Jahrzehnte später bei den Diskussionen über den 9. November, keinen Sinn.

Es gab keine „Stunde Null“ in der deutschen Geschichte, auch 1945 nicht. Doch kann man im Hinblick auf den 8. Mai 1945 und die unmittelbare Nachkriegszeit ohne allzu große Übertreibung mit dem Titel einer großen Ausstellung zum 50. Jahrestag sagen: „So viel Anfang war nie ...“ Die politischen und moralischen Belastungen durch die Vergangenheit waren überwältigend, und die Probleme der Gegenwart erschienen den Zeitgenossen als kaum geringer, aber die Zukunft war - wenn auch bedauerlicherweise nur für die Deutschen, die in den Westzonen lebten - offen in Richtung einer neuen liberalen, sozialen und demokratischen Gesell-

schaftsordnung. Daß das in der SBZ und der aus ihr hervorgehenden DDR nicht der Fall war, macht es für alle diejenigen, die nicht der SED-Linie folgten, allerdings bis heute schwer, im 8. Mai 1945 zumindest *auch* einen Tag der Befreiung zu sehen. Der Tag der Befreiung, so wird mit guten Gründen argumentiert, kam für die Bürger der DDR erst im Herbst 1989. Auch in der alten Bundesrepublik fand der Gedanke, daß der 8. Mai ein Tag der Befreiung ist, erst sehr spät Gehör und Zustimmung. Die Voraussetzung dafür war, daß man einerseits bereit war, die singuläre Bedeutung der im „Dritten Reich“ verübten Verbrechen vorbehaltlos und konkret zur Kenntnis zu nehmen, und daß andererseits die freiheitlich-demokratische Ordnung so fest in den Köpfen und den Herzen der Menschen verankert war, daß man ohne Überheblichkeit, aber doch mit einem gewissen Stolz auf den zurückgelegten Weg zurückblicken konnte. Mitte der achtziger Jahre galt das für die alte Bundesrepublik, heute gilt es für das vereinigte Deutschland.

In diesem Sinne können wir den 60. Jahrestag des 8. Mai 1945 als Gedenk- und Feiertag zugleich begehen. Wir gedenken der Opfer nicht nur des Kriegsendes, sondern der gesamten Kriegszeit, der deutschen Opfer,

aber auch und vor allem der Opfer der Deutschen in all den Ländern, die jahrelang unter dem Krieg und seinen oft unvorstellbaren Schrecken gelitten haben. Wir dürfen aber auch feiern und uns darüber freuen, daß der Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus ein freundlicheres und friedlicheres Gemeinwesen abgerungen worden ist, ein Gemeinwesen, das gewiß alles andere als vollkommen ist, aber in seiner demokratischen Substanz doch allem überlegen ist, was es bisher in der deutschen Geschichte gegeben hat. Der erste Artikel des am 8. Mai 1949 verabschiedeten Grundgesetzes ist als eine Antwort auf die Erfahrung von Krieg und Gewalt Herrschaft, auf die „deutsche Katastrophe“ von 1933 bis 1945 formuliert worden. Er lautet: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ In diesem Sinne dürfen wir den 60. Jahrestag nicht zuletzt auch als Verfassungspatrioten feiern.

